

# **Für eine Europäisierung der Kämpfe!**

**Vor fünf Jahren wurde das Blockupy-Aktionsbündnis ins Leben gerufen.**

**Zeit für eine Bilanz.**

*Dieses Positionspapier entstand aus den Diskussionen der PG Eurokrise von attac-d nach den Aktivitäten des 'Septemberwochenendes' in Berlin (2.-4. Sept. 2016). Wir betrachten die darin enthaltenen Einschätzungen als Teil eines offenen Diskussionsprozesses mit dem Ziel, gemeinsam ein zukunftsweisendes, einendes Projekt für die sozialen Bewegungen Europas zu entwickeln.*

Blockupy war und ist der Versuch, dem Protest gegen die sozial und ökonomisch desaströse EU-Krisenpolitik einen konkreten Fokus und eine konkrete Aktionsform zu geben. Als Ziel wurde damals die EZB in Frankfurt ausgewählt, die als Teil der "Troika" praktischer Akteur der neoliberalen Zurichtung der Staaten unter einem EU-"Rettungsschirm" war und gleichzeitig als Hüterin des Euros symbolisch für das mit dem Hebel der Staatsschulden erzwungene Austeritäts- bzw. Krisenregime stand. Als Aktionsform wurde der Dreiklang Konferenz - Demonstration - Ziviler Ungehorsam gewählt, um sowohl entschiedenen Widerstand wie inhaltliche Diskussion zu ermöglichen und so unterschiedliche Bedürfnisse des TeilnehmerInnenspektrums zu berücksichtigen. Blockupy wurde zur wichtigen fokussierten, europäischen Mobilisierung gegen Austerität und deren soziale Folgen.

**Waren die Aktionstage 2012 und 2013 bereits als Erfolge zu werten, stellten die Proteste zur Eröffnung des EZB-Neubaus im März 2015 den bisherigen Höhepunkt dar und fanden aufgrund ihrer Größe und teilweise Militanz weltweite Beachtung.**

Damit war jedoch auch klar, dass sich das weder toppen noch wiederholen lassen würde, denn eine weitere Neueröffnung würde es nicht geben. Blockupy beschloss den Umzug nach Berlin, da 1. die deutsche Regierung (gerade auch von den internationalen Bündnispartnern) als zentraler politischer Akteur in der Krise und damit Adressat von Protest gesehen wurde und 2. die 'ultralockere' Geldpolitik der EZB seit 2014 zunehmend zur Entlastung der Staatsfinanzen in der Eurozone beiträgt. Dieser Schritt war politisch durchaus einleuchtend, erwies sich in der praktischen Umsetzung aber als schwierig. Zwar wird die Bundesregierung (und Wolfgang Schäuble im Besonderen) weithin und weiterhin mit der erzwungenen Austeritätspolitik vieler Länder der Eurozone identifiziert. Die Diskussion über mögliche Aktionskonzepte für Berlin, die die gewünschte Einheit von Ort, anvisiertem Akteur, Aktionsform und politischer Botschaft herstellen würden, bei gleichzeitig klar europäischer Dimension, erwies sich jedoch als überaus zäh und führte bislang nicht zu einem alle Beteiligten befriedigenden Ergebnis.

**Nach anderthalb Jahren der Suche sollten wir die Möglichkeit anerkennen, dass wir ein überzeugendes Konzept für Berlin vielleicht nicht finden werden.**

Der erste Anlauf im September 2016, die Blockade des Arbeitsministeriums, war einerseits eine durchaus gelungene Aktion und fand (dank des Blockupy-'Labels') eine starke Medienresonanz. Jedoch fehlten letztlich die tatsächlich gesamteuropäische Ausstrahlung und politische Dringlichkeit, die die EZB-Proteste ausgezeichnet hatten, so dass sich daraus keine Perspektive für transnationale soziale Bewegung(en) ergibt. Damit ist aus unserer Sicht die Frage, wie es weitergehen soll, wieder bzw. weiter offen.

**Wir kennen die (insbesondere praktischen) Argumente, die dagegen sprechen, halten aber dennoch weiterhin Brüssel und Strassburg für die richtigen Orte für gemeinsame europäische Mobilisierungen.**

Es stimmt sicherlich, dass die Bundesregierung “gleicher” ist und gerade in den Jahren der Krise eine durchaus als hegemonial zu bezeichnende Position in der EU errungen hat. Aber bestätigt nicht eine linke Bewegung diese asymmetrische Machtverteilung noch, wenn gesamteuropäisch konzipierte Proteste in Berlin stattfinden, mithin in einer einzelstaatlichen Hauptstadt und nicht am Sitz europäischer Institutionen? Sollten wir nicht vielmehr darauf hinarbeiten, tatsächlich europäische Diskursräume zu öffnen, Kämpfe zu führen und Bewegungen zu stärken? Es gibt kaum noch Politikbereiche, in denen die EU-Ebene keine zentrale Rolle spielt; derzeit werden in raschem Tempo Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Grenzschutz europäisiert. Was bisher jedoch weitgehend fehlt, ist ein gemeinsames europäisches politisches Bewusstsein.

**Eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen und Themen gesamteuropäischer Debatte zu setzen, können gemeinsame Protestbewegungen einen wichtigen Beitrag leisten.**

Aller Anfang ist schwer. Es ist gut möglich, dass eine gewisse Anlaufzeit nötig wäre, aber wenn es gelänge, Brüssel (und Strassburg) als Ort(e) europäischer Mobilisierungen zu etablieren, wäre das ein großer Gewinn für die sozialen Bewegungen Europas und damit auch die demokratische Öffentlichkeit. Nicht zuletzt würde das auch der Pest-und-Cholera-Dichotomie ‘neoliberale Integration’ vs. ‘Rückkehr des Nationalismus’ eine dritte Alternative gegenüberstellen, inhaltlich, praktisch und symbolisch: Ein demokratisch-widerständiges, sozial und ökologisch gerechtes und untrennbar verbundenes ‘Europa für Alle’.

**Offen ist bisher die Frage, welche Rolle die existierenden Organisationsstrukturen sowie der Name Blockupy bei einer stärker gesamteuropäischen Orientierung spielen würden.**

Einerseits ist dieses ‘Label’ inzwischen (mühsam) etabliert und steht inner- wie außerhalb der Bewegung für bestimmte Inhalte und Erwartungen; es erzeugt Aufmerksamkeit und bedarf kaum noch der Erklärung. Andererseits könnte der Name eine echte Europäisierung und Verbreiterung von Protesten erschweren, da er stark mit Frankfurt und den bisher bündnistragenden Akteuren verbunden ist. Wir werden diese Frage weiter beraten, ebenso wie die praktische Seite möglicher Aktionen in Brüssel (bzw. Strassburg) sowie deren inhaltliche Schwerpunktsetzung. Denkbarer Fokus einer von Beginn an gesamteuropäischen Neuformierung im Geiste von Blockupy wäre die Forderung nach individuell garantierten Sozialen Grundrechten auf europäischer Ebene. Dies würde an Debatten u.a. bei Alter Summit anknüpfen und könnte den sozialen Bewegungen EUropas mittelfristig die Perspektive eines übergreifenden, einenden Projekts eröffnen.

Die nächste transnationale Mobilisierung wird es anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg im Juli 2017 geben. Bei dieser Gelegenheit sollten wir nicht nur gemeinsam kraftvoll protestieren, sondern auch intensiv die offenen Fragen mit potentiellen Bündnispartnern diskutieren, so dass sich gemeinsame Ziele herauskristallisieren können. So könnten die G20-Proteste zum ersten Mobilisierungsschritt für ein neues europäisches Bewegungsprojekt werden.